

HINTERGRUND

Schwankungsanfällig und teuer

Die wichtigsten Aufgaben einer Investmentbank ist der Handel mit Wertpapieren und die Beratung und Unterstützung von Unternehmen, beispielsweise bei Börsengängen oder Fusionen. Bei den Schweizer Grossbanken war das Geschäft in den vergangenen Jahren vom Abbau von Risiken geprägt.

Es waren Investmentbanker, die vor 2007 mit Hypotheken von amerikanischen Hausbesitzern gehandelt hatten, die zu Wertpapieren verbrieft worden waren und denen gewaltige Risiken innewohnten. Als der Wert dieser Papiere ins Nichts fiel, kam es zur Finanzkrise, die ihren Höhepunkt Ende 2008 und Anfang 2009 hatte.

Die Wertpapiergeschäfte der Investmentbanker erfordern von den Finanzkonzernen eine Absicherung mit eigenem Kapital. Als die US-Hypothekenscheine illiquid wurden, war auch das unterlegte Kapital zunichte. So kam es zu den Riesenabschreibungen, die sich beispielsweise bei der UBS auf 50 Mrd. Fr. beliefen.

Über die Eigenmittelregulierung begannen Finanzaufsichtsbehörden nach Abebben der Krise, das Investmentbanking stärker zu überwachen. Je mehr Kapital die Banken halten müssen, desto unattraktiver und teurer wird das Spiel mit den Risiken. Zudem werden auch die möglichen Gewinne eingeschränkt.

Im Zentrum der neuen Regulierungen steht vor allem der Handel mit Obligationen und strukturierten Produkten, Währungen und Rohstoffen (Fixed Income, Currencies and Commodities, FICC). Dort lag 2007 das Epizentrum der Krise. Die UBS hat während ihres letztjährigen Investorentags Mitte November den Abbau von Hochrisikopapieren aus diesem Bereich und die Einschränkung der entsprechenden Finanzmarkt-Geschäfte bekannt gegeben.

Auch den Handel auf eigene Rechnung musste der umstrittene Investmentbank-Co-Chef Carsten Kengeter einschränken. Die Credit Suisse geht seit über einem Jahr einen ähnlichen Weg: Konzernchef Brady Dougan forciert den Abbau von Risikopapieren ebenfalls.

Die CS nimmt für sich in Anspruch, mit geschrumpften Risiken weiterhin ertragreiche Geschäfte an den FICC-Märkten machen zu können. Die CS sieht sich weiterhin als grosse Investmentbank. Bei der UBS lassen die Abbaupläne darauf schliessen, dass aus der Bank primär eine grosse, globale Vermögensverwaltung werden soll. (sda)

KORRIGENDA

● **Falsches Autorenbild:** Im Gastkommentar auf der Klartextseite vom Dienstag, 30. Oktober, ist ein falsches Autorenbild reingekürzt. Das Foto von **Professor Hanspeter Schmitt** von der THC Chur, der den Artikel verfasst hat, wurde mit dem Foto von BT-Kommentator Hansmartin Schmid vertauscht. Die Redaktion bittet um Nachsicht.

Bündner Tagblatt

Herausgeberin: Südostschweiz Presse und Print AG. Verleger: Hanspeter Lebrument, CEO: Andrea Masüger.
Redaktionsleitung: Christian Buxhofer (Chefredaktor, cb), Norbert Waser (Sv. Chefredaktor, nw), Susanne Taverna (Produktionschefin, nj).
Redaktion: Sabrina Bundi (bun), Gieri Dermont (Aussenredaktion Surselva, de), Denise Erni (dni), Silvia Kessler (ke), Sabine-Claudia Nold (nol), Cornelius Ræber (Beilagenredaktion), Julian Reich (jul, Leitung Ressort Kultur), Thomas Spinaz (ts), Claudio Willi (Wl). Redaktion Sport: René Weber (Leitung, rw), Hansruedi Camenisch (ca), Kristian Kapp (kk), Johannes Kaufmann (jok), Jürg Sigel (js). Bildredaktion: Marco Hartmann (Leitung), Rolf Canal, Theo Gstöhl. Redaktionelle Mitarbeiter: Sarah Blumer (blu), Yanik Bürkli (yb), Juscha Casaulta (jc), Olivia Item (oi), Marc Melcher (mm), Jonas Schneeberger (jos).
Redaktionsadressen: Bündner Tagblatt, Commercialstrasse 22, 7007 Chur, Telefon 081 255 50 50, Fax 081 255 51 23, E-Mail: redaktion-bt@suedostschweiz.ch.

Verlag
Südostschweiz Presse und Print AG, Kasernenstrasse 1, 7007 Chur, Tel. 081 255 50 50, Fax 081 255 51 10, E-Mail mholdener@suedostschweiz.ch.

Ab- und Zustellservice: Tel. 0844 226 226, E-Mail abo@suedostschweiz.ch.

Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen i.S.v. Art. 322 StGB: Südostschweiz Radio AG, Südostschweiz TV AG, Südostschweiz Emotion AG, Südostschweiz Pressevertrieb AG, Südostschweiz Partner AG, ergo use swiss ag.

Anzeigen
Südostschweiz Publicitas AG, Commercialstrasse 20, 7007 Chur, Telefon 081 255 58 58, Fax 081 255 58 59.

TOURISMUSFORUM

Graubünden im Jahr 2022

Wir schreiben das Jahr 2022. Zeit für eine Bestandesaufnahme. Die Olympischen Winterspiele in Innsbruck sind erfolgreich zu Ende gegangen. Ganz Graubünden hat gebannt und etwas neidisch die Spiele am Fernsehen verfolgt. Zu dumm, dass sich Graubünden mit dem Nein an der Volksabstimmung 2013 selbst aus dem Rennen genommen hat. Denn die cleveren Tiroler haben die ursprüngliche Idee der Bündner umge-

„
Der ganze
österreichische
Tourismus
jubelt
„

setzt und die ersten Weissen Spiele seit Langem durchgeführt. Der ganze österreichische Tourismus jubelt. Wer hätte noch im 2015 daran gedacht, dass das IOC der kurzfristig eingereichten Bewerbung unserer Nachbarn den Zuschlag geben würde!

Wir schreiben das Jahr 2022. Zeit für eine Bestandesaufnahme. Die RhB steht vor dem Ruin. Der Finanzausgleich der Kantone funktioniert immer weniger. Graubünden fehlt das Geld aus Bern. Der verzweifelte Kampf um höhere Wasserzinsen führt zu einer Entfremdung zwischen Stadt und Land. Die romanische Sprache ist noch mehr unter Druck. In der Schweiz mehren sich die Stimmen, dort zu investieren, wo die Rentabilität am höchsten ist. Die Verkehrsträger werden nur

noch zwischen den Agglomerationen ausgebaut, die Schweiz kann sich keine Mobilität mehr bis nach Graubünden leisten. Gemäss dem SVP-Verkehrsmi-nister liegt das Herz der Schweiz in Zürich. Er lädt die Bündner ein, sich eine Arbeit in den Zentren zu suchen. Erholen könne man sich auch im Toggenburg – niemand müsse dazu bis in die Surselva oder ins Engadin fahren.

Wir schreiben das Jahr 2022. Zeit für eine Bestandesaufnahme. Die Gebietsreform hat die Anzahl der Gemeinden auf 50 schrumpfen lassen. Gleichzeitig kann Graubünden mit 250 Verkehrs- und Verschönerungsvereinen einen neuen Rekord vermelden. Unter anderem verfügen Praden, Pagig und Pragg wieder über einen eigenen Verkehrsverein und müssen ihren Ruhm nicht mit den Gross-Destinationen Tschierschen, St. Peter und Jenaz teilen. Noch nie waren in Graubünden die Dorfbrunnen so schön geschmückt. Noch nie gab es so viele Holzbänkli an den Wanderwegen mit persönlich vom Förster eingravierten Widmungen. Noch nie gab es derart wunderbare 1.-August-Feiern in jedem Bündner Dorf, organisiert mit dem Jahresbudget der Verkehrs- und Verschönerungsvereine. Und noch nie wurden in Fronarbeit so viele einfache Jagdhütten gebaut wie in den letzten zehn Jahren.

Wir schreiben das Jahr 2022. Zeit für eine Bestandesaufnahme. Graubünden hat in der letzten Dekade die Hälfte aller Ho-

tels und Bergbahnen verloren. Logiernächte, Anzahl Tagesgäste und das BIP in Graubünden sind auf einem Rekordtief. Den Euro gibts nicht mehr und der Franken ist die stärkste Währung auf der Welt. Stand der Tourismus nach der Annahme der Zweitwohnungsinitiative und dem Nein zum TAG im 2012 noch am Rande des Abgrunds, ist man heute einen Schritt weiter. Die 250 Verkehrs- und Verschönerungsvereine verzetteln sich in Kraftlosigkeit. Einzig Engadin St. Moritz und Davos Klosters werden wahrgenommen – noch. Denn das WEF hat den Wegzug nach Innsbruck angekündigt und St. Moritz erlebt einen beispiellosen Exodus des Kapitals. Die von SVP und FDP dominierte Bündner Regierung ist zerstritten. Die SVP startet die Initiative für die Wiedereinführung der Majorzwahlen für den Grossen Rat.

Wir schreiben das Jahr 2012. Zeit für eine Bestandesaufnahme. Graubünden steht vor den Abstimmungen zum TAG und Olympia 2022. Der Tourismus steckt in der Krise. Bereits vor sechs Jahren wurde darum die Bündner Tourismusreform gestartet, die nun mit dem TAG vor dem letzten Schritt steht: der Finanzierung durch die nutzniessenden Unternehmen in den Regionen. SVP und Teile der FDP spielen mit dem Feuer. Ihre Taktik der Verunsicherung der Bevölkerung ist politisch clever, volkswirtschaftlich aber verantwortungslos. Der gesamte Bündner Tourismus steht

hinter dem TAG – sogar die Destinationen Engadin St. Moritz und Davos Klosters können trotz funktionierender Tourismusfinanzierung mit dem TAG leben. Zwei Drittel des Grossen Rates haben dem TAG zugestimmt. Trotzdem wurde das Referendum ergriffen. Die Gegner übersehen, dass Innovation, Ausbildung und Unternehmertum Strukturen braucht. Dass eine Destination mit 29 Gemeinden und 29 einzelnen, nicht harmonisierten Gemeindegemeinschaften nicht überlebensfähig ist. Dass auch Olympische Spiele moderne touristische Destinationen und keine Verkehrs- und Verschönerungsvereine benötigen. Die Gegner erweisen Graubünden im wahrsten Sinne des Wortes einen Bä-

„
Die Gegner
erweisen
Graubünden
einen Bärendienst
„

rendienst. Sie verunglimpfen den Tourismus, anstatt konstruktive Vorschläge zu machen – und nähren den Boden, auf dem in Graubünden weder Olympische Spiele noch eine hoffnungsvolle touristische Zukunft gedeihen werden.

Reto Küng (47) studierte Betriebswirtschaft an der Universität St. Gallen (HSG). Er ist Inhaber der Agentur Küng Pluskom für Kommunikation, Tourismus und Standortmarketing in Chur (www.pluskom.ch). Früher war er Mitglied der Geschäftsleitung freicom ag für integrierte Kommunikation sowie Mitinhaber der PR- und Event-Agentur dettofatto, VR-Präsident der Freizeit Graubünden AG und Tourismusdirektor in Chur. Im BT-Tourismusforum kommen wöchentlich Persönlichkeiten zu Wort, die mit dem Tourismus in Graubünden verbunden sind.

Momentaufnahme



Zürcher Ja zum Staatsvertrag mit Deutschland

Der Zürcher Regierungsrat stimmt dem Flughafen- Staatsvertrag mit Deutschland «ohne grosse Begeisterung» zu, wie Volkswirtschaftsdirektor Ernst Stocker (SVP) gestern vor den Medien sagte. Man sehe keine bessere Alternativ-Lösung zum vorliegenden Vertrag. Dieser stellt nach Ansicht des Regierungsrates «das grösstmögliche Entgegenkommen gegenüber Süddeutschland» dar. Weitere Konzessionen lehnt die Kantonsregierung in ihrer Vernehmlassungsantwort an den Bund ab. Störend ist nach Ansicht der Zürcher Regierung die vorgesehene Verlagerung von zusätzlichen Flugbewegungen von Süddeutschland in die Schweiz. Stocker geht davon aus, dass es sich um rund 5000 Flüge handelt, die künftig statt über Deutschland über der Schweiz abgewickelt werden. (Foto Keystone)